

leicht
erklärt!

Integrations-Betriebe

Arbeits-Plätze für schwer-behinderte Menschen



Antrag für Integrations-Betriebe



Politiker von der Partei CDU/CSU und von der Partei SPD haben einen Antrag geschrieben.

Ein Antrag ist ein langer Text.

In ihm stehen zum Beispiel Ideen.

Und zwar zu Dingen, die von der Politik verbessert werden können.

In dem Antrag geht es darum:



Deutschland soll Integrations-Betriebe mehr unterstützen.

Darum heißt der Antrag:

Integrationsbetriebe fördern –
Neue Chancen für schwerbehinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnen

Was ist ein Integrations-Betrieb?

Integrations-Betriebe sind besondere Betriebe.

Es gibt sie in verschiedenen Bereichen.

Zum Beispiel:

- Hotels und Gast-Stätten,
- Gärtnereien,
- Hausmeister-Betriebe
- und Handwerks-Betriebe.



Das Besondere an einem Integrations-Betrieb ist:



In ihm arbeiten viele Menschen mit Behinderung.

Und zwar:

Zwischen 25 Prozent und 50 Prozent.

In einem Betrieb mit 4 Mitarbeitern haben also 1 oder 2 eine Behinderung.



Ein Integrations-Betrieb ist aber etwas anderes als eine „Werkstatt für behinderte Menschen“.

In eine Werkstatt gehen Menschen mit Behinderung, wenn sie die Arbeit in einem alltäglichen Betrieb nicht schaffen.

Das heißt:
Wenn sie dort höchstens 3 Stunden am Tag arbeiten könnten.

Das Ziel von einer Werkstatt ist:
Man will die Menschen unterstützen.

Damit sie wieder etwas mehr arbeiten können.

Oder zumindest nicht noch weniger.

In einer „Werkstatt für behinderte Menschen“ geht es also vor allem um die Förderung.

Ziel von Integrations-Betrieben

In Integrations-Betrieben ist das anders.



Dort arbeiten Menschen mit und ohne Behinderung zusammen.

Und zwar gleichberechtigt.

Das Ziel ist:
Menschen mit Behinderung sollen genauso arbeiten wie Menschen ohne Behinderung.

Und auch genauso viel verdienen.

Integrations-Betriebe in Deutschland



In Deutschland gibt es ungefähr 8-Hundert Integrations-Betriebe.

Dort arbeiten etwa 12-Tausend Menschen ohne Behinderung.

Und 10-Tausend-5-Hundert Menschen mit Behinderung.



Förderung

Der Staat fördert Integrations-Betriebe.

Das heißt:
Sie bekommen Geld.

Damit sie die Menschen mit Behinderung besser unterstützen können.

Denn sie müssen dafür Dinge kaufen, die andere Betriebe nicht kaufen müssen.

Zum Beispiel:



- Manchmal müssen sie Räume verändern.
Beispielsweise müssen sie Rampen für Rollstuhl-Fahrer bauen.

- Vielleicht müssen sie andere Maschinen kaufen.

- Oder sie brauchen besondere Mitarbeiter.
Zum Beispiel Begleiter.
Die kümmern sich um die Menschen mit Behinderung.

Noch immer Nachteile

Die Integrations-Betriebe haben das Arbeiten für Menschen mit Behinderung sehr verbessert.

Aber die Menschen haben immer noch Nachteile.

Zum Beispiel:

- Menschen mit Behinderungen sind häufiger arbeitslos.

Das heißt: Sie finden schwerer Arbeit als Menschen ohne Behinderung.

- Menschen mit Behinderung arbeiten zu oft in „Werkstätten für behinderte Menschen“.





Die Ideen der Politiker

Einige Politiker wollen die Integrations-Betriebe verbessern.

Damit Menschen mit Behinderung noch mehr mitmachen können.

Deswegen haben die Politiker den Antrag geschrieben.

In dem Antrag stehen 7 Ideen, was man verbessern könnte.

Das hier sind die Ideen:

1. Mehr Plätze in Integrations-Betrieben

Es soll noch mehr Arbeits-Plätze in Integrations-Betrieben geben.

Dafür soll Deutschland mehr Geld ausgeben.

Und zwar: 50 Millionen Euro im Jahr.

In den Jahren 2015, 2016 und 2017.

Also zusammen 150 Millionen Euro.



2. Mehr Förderung für bestimmte Gruppen

In Integrations-Betrieben sollen mehr Menschen arbeiten, die besondere Voraussetzungen erfüllen.

Vor allem:

Schwer-behinderte Menschen, die schon sehr lange keine Arbeit haben.

In schwerer Sprache nennt man sie: Langzeit-arbeitslose Menschen mit schwerer Behinderung.

Und: Integrations-Betriebe sollen auch Langzeit-Arbeitslosen ohne Behinderung helfen.

Sie sollen also nicht mehr nur für Menschen mit Behinderung da sein.



3. Arbeits-Zeit verkürzen

Mitarbeiter in Integrations-Betrieben müssen mehr als 15 Stunden in der Woche arbeiten.

Nur dann fördert der Staat ihren Arbeits-Platz mit Geld.

Diese Arbeits-Zeit soll kürzer werden.

Sie soll 12 Stunden betragen.

Dann können auch Menschen in Integrations-Betriebe gehen, die nicht so viel arbeiten können.

4. Öffentliche Aufträge

Man soll Integrations-Betriebe bei öffentlichen Aufträgen bevorzugen.

„Öffentliche Aufträge“ ist schwere Sprache.

Es bedeutet zum Beispiel: Eine Stadt, ein Bundes-Land oder eine Gemeinde gibt einen Auftrag an einen Betrieb.

Es ist also kein Auftrag von einem anderen Betrieb.

Oder von einer Privat-Person.

Sondern vom Staat.



5. Ein neuer Name

Integrations-Betriebe sollen anders heißen.

Und zwar: Inklusions-Betriebe.

Integration bedeutet:

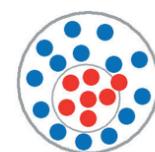
Es gibt zwei Gruppen von Menschen.

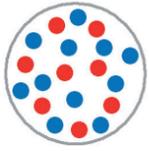
Zum Beispiel Menschen mit Behinderung.

Und Menschen ohne Behinderung.

Menschen mit Behinderung dürfen bei den Menschen ohne Behinderung mitmachen.

Aber sie sind nicht gleichberechtigt.





Inklusion bedeutet:

Es gibt nur eine Gruppe.

In ihr sind alle Menschen zusammen.

Und alle sind gleichberechtigt.

Auch wenn sie unterschiedlich sind.

In Integrations-Betrieben soll es also eigentlich Inklusion geben.

Die Politiker,
die den Antrag geschrieben haben,
finden darum: Der neue Name passt
besser zu den Betrieben.

6. Gesundheit fördern



Schwer-behinderte Menschen haben
oft Probleme mit der Gesundheit.

Darum müssen
Integrations-Betriebe besonders
auf die Gesundheit der Mitarbeiter
achten.

Damit sie das tun,
sollen sie dafür belohnt werden.

7. Weiter-Bildung



Die Integrations-Betriebe sollen für
Weiter-Bildung sorgen.

Auch dafür sollen sie belohnt werden.

Weiter-Bildung bedeutet:

Eine Person hat schon
einen Beruf gelernt.

Aber sie lernt noch weiter.

Denn sie möchte Dinge, die sie schon
kann, noch besser können.

Oder sie möchte neue Dinge lernen.
Denn dann kann sie ihren Beruf
noch besser machen.

Weiter-Bildung hilft, damit man einen
besseren Arbeits-Platz bekommt.



Wie geht es weiter?

Den Antrag haben die Politiker an
den Deutschen Bundes-Tag gegeben.

Der Bundes-Tag ist
eine große Gruppe von Politikern.

Sie werden von den Menschen von
Deutschland gewählt.

Sie entscheiden über wichtige Dinge.

Zum Beispiel über Gesetze.

Die Politiker vom Bundes-Tag
haben den Antrag besprochen.

Und sie haben darüber abgestimmt.

Die meisten Politiker haben Ja gesagt.

Jetzt muss die Regierung
die Ideen umsetzen.

Weitere Informationen in leichter
Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache
übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache:
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 40/2015

Die nächste Ausgabe erscheint am
5. Oktober 2015